

# **Corona-Hilfen: IHK zu Dortmund begrüßt Zuschuss für Lebenshaltungskosten für Solo selbstständige**

Solo-Selbstständige, Freiberufler und im Unternehmen tätige Inhaber von Einzelunternehmen und Personengesellschaften dürfen einmalig einen pauschalen Betrag für die Monate März und April von insgesamt 2.000 Euro für Lebenshaltungskosten oder einen (fiktiven) Unternehmerlohn ansetzen. Das hat NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart gestern verkündet.

Stefan Schreiber, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Dortmund, begrüßt diese Entscheidung: „Jetzt haben die vielen Selbstständigen aus Kreativ- und Dienstleistungsberufen, wie zum Beispiel auch Taxiunternehmen, endlich Klarheit. Viele dieser Selbstständigen haben gar keine Betriebsmittel, für die sie die Soforthilfen einsetzen könnten. Dass diese Regelung auch für Künstler gilt, ist ebenfalls eine gute Nachricht. Gerade die Kultur- und Kreativwirtschaft macht einen großen Teil der Attraktivität unserer Region aus und ist somit für die gesamte Wirtschaft relevant. Jetzt hoffen wir, dass die neuen Regelungen ohne bürokratischen Aufwand und klar verständlich umgesetzt werden.“

Voraussetzung ist, dass die Soforthilfe im März oder April und gleichzeitig keine Grundsicherung (ALG II) beantragt wurde. Solo-Selbstständige, die das Sofortprogramm für Künstlerinnen und Künstler in Anspruch genommen haben, sind ausgeschlossen. Alle Solo-Selbstständigen sind verpflichtet, am Ende des dreimonatigen Bewilligungszeitraums eine Erklärung abzugeben. Darin legen sie dar, ob sie die NRW-Soforthilfe vollständig

zur Deckung des Corona-bedingt entstandenen Liquiditätsengpasses benötigt haben. Andernfalls müssen sie zu viel erhaltene Hilfe zurückzahlen. Die nun getroffene Regelung sieht vor, dass sie bei diesem Nachweis 2.000 Euro für den Lebensunterhalt ansetzen können. Dazu erhalten alle Zuschussempfänger ein Schreiben mit einem entsprechenden Vordruck sowie einer Ausfüllung-Anleitung.

Die Corona-Hotline der IHK zu Dortmund 0231 5417-444 ist weiterhin von Montag bis Donnerstag zwischen 8:00 und 17:00 Uhr, und Freitag bis 15:00 Uhr zu erreichen. Unternehmen, Gewerbetreibende und Selbstständige sowie Auszubildende bekommen darüber wichtige Informationen rund ums Thema Coronavirus, etwa zu Finanzierungsfragen. Informationen rund ums Thema Coronavirus und dessen Auswirkungen für die Wirtschaft hat die IHK bereits seit mehreren Wochen auf ihrer Internetseite unter [www.dortmund.ihk24.de/coronavirus](http://www.dortmund.ihk24.de/coronavirus) gebündelt. Sie wird regelmäßig aktualisiert.

---

## **Prostituiertenschutzgesetz: 91 Anmeldungen im Kreis Unna**

Mit dem Prostituiertenschutzgesetz sollen die Rechte von Personen im Rotlicht-Gewerbe gestärkt werden. Dazu gehört auch, dass die Prostituierten ihre Tätigkeit anmelden müssen. 91 Personen haben das bis zum Ende des Jahres getan. Das Gesundheitsamt hat zudem 43 Beratungen durchgeführt (2018: 30). Darin inklusive sind auch die Folgeberatungen, die nach zwölf Monaten erfolgen müssen.

Neu ist auch eine Erlaubnispflicht für Betreiber: Dazu gehört

der Betrieb von Prostitutionsstätten (z. B. Bordelle), die Bereitstellung von Prostitutionsfahrzeugen, die Durchführung von Prostitutionsveranstaltungen und das Betreiben einer Prostitutionsvermittlung (z. B. Escort-Service).

### **Zwölf Erlaubnisse angefragt**

Bis Ende 2019 haben insgesamt zwölf Betriebe eine Erlaubnis beantragt. Neun Erlaubnisse hat die Ordnungsbehörde des Kreises erteilt. Zwei haben zwischenzeitlich das Gewerbe abgemeldet. Derzeit gibt es demnach noch sieben Prostitutionsstätten mit der erforderlichen Erlaubnis. PK | PKU

---

**Aktion Mensch fördert  
Lieferservice der AWO für  
Menschen mit Behinderung**



Mitarbeiterin Saskia Prange (2. v. .l.) und ihre Kolleginnen und Kollegen werden in den nächsten Wochen den Einkaufsservice aufbauen. Darüber freuen sich auch Wolfgang Rickert (1. v.l.) und DasDies-Geschäftsführer Maciej Kozłowski (3. v. l.) mit weiteren Vertretern der AWO Ruhr-Lippe-Ems.

Eine erfreuliche Nachricht hat die Verantwortlichen der DasDies Service GmbH erreicht. Das Inklusionsunternehmen der AWO Ruhr-Lippe-Ems kann sich über eine Förderung der Aktion Mensch für den Aufbau eines Bestell- und Lieferservice für Menschen mit Behinderung freuen. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie bietet die DasDies Service GmbH seit Mitte April in einem kleineren Umfang einen Einkaufsbringdienst für Menschen mit Behinderung an. „Wir wollten mit dem Service unseren oftmals gesundheitlich vorbelasteten Kunden eine konkrete Hilfe anbieten, um Ansteckungsmöglichkeiten zu minimieren“, erläutert DasDies-Geschäftsführer Maciej Kozłowski.

Mit der Förderung aus dem Corona-Soforthilfe-Programm der

Aktion Mensch soll der Bestell- und Lieferservice in den nächsten Wochen ausgebaut und professionalisiert werden, um mehr Menschen mit Behinderung kreisweit zu erreichen. Angedacht ist unter anderem eine Internetplattform mit einer Warenkorb-Funktion, auf der Kunden ihre Einkäufe einfach online auswählen und bestellen können. Im Anschluss werden die Einkäufe direkt ausgeliefert.

„Wir sind sehr dankbar für die Förderung durch die Aktion Mensch. Wir können für die Menschen da sein, die in dieser Krisenzeit in ganz besonderem Maß auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.“, freut sich Wolfgang Rickert als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung. „Darüber hinaus ergibt sich dadurch die Möglichkeit, dauerhaft ein gutes Unterstützungsangebot zu etablieren.“

Interessierte für den Bestell- und Lieferservice können sich gerne telefonisch unter 02307 71991-12 oder per E-Mail unter [sekretariat@dasdies.de](mailto:sekretariat@dasdies.de)<mailto:sekretariat@dasdies.de> informieren.

---

**800 Beschäftigte im Kreis Unna – Corona-Infektionen in Schlachthöfen: NGG fordert regelmäßige Kontrollen**



Knochenjob: In der Schlachtung und Fleischverarbeitung arbeiten viele Menschen aus Osteuropa für Subunternehmen. Die Gewerkschaft NGG kritisiert die prekären Wohn- und Arbeitsbedingungen – und fordert mehr staatliche Kontrollen in der Branche. Foto: NGG

2,29 Euro für ein Pfund Rinderhack: Mit solchen Preisen werben in dieser Woche Supermärkte im Kreis Unna – obwohl die Corona-Krise die Herstellung von Fleisch und Wurst eigentlich viel teurer machen müsste. Darauf weist die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hin. „Bei der Schlachtung und Zerlegung herrscht seit Jahren ein knallharter Dumping-Wettbewerb – besonders zum Start der Grillsaison. Wohin dieser Preiskampf führen kann, zeigen die jüngsten Corona-Ausbrüche in Coesfeld und anderen Schlachthöfen“, sagt Torsten Gebehart, Geschäftsführer der NGG-Region Dortmund.

Es sei gut, dass die NRW-Landesregierung nun alle Fleisch-Beschäftigten auf Corona testen und die Sammelunterkünfte durch die Gesundheitsämter kontrollieren lassen wolle. „Aber

das darf keine einmalige Aktion sein. Aktuell geht es um das Virus. Um die Gesundheit der Beschäftigten aber auch künftig zu schützen, muss die Fleischbranche regelmäßig vom Staat in den Blick genommen werden“, so Gebehart. Dies müsse wesentlich intensiver geschehen als bislang. Zwar habe das Land NRW den Arbeitsschutz in der Fleischindustrie schon im Oktober vergangenen Jahres schwerpunktmäßig kontrolliert. Trotzdem sei es jetzt zu diesen fatalen Corona-Infektionsfällen gekommen. „Hier muss also deutlich mehr passieren“, fordert Gebehart. Im Kreis Unna beschäftigt die Fleischwirtschaft nach Angaben der Arbeitsagentur 800 Menschen. In ganz Nordrhein-Westfalen arbeiten knapp 30.000 Beschäftigte in der Branche – viele osteuropäische Werkvertragsarbeitnehmer in Subunternehmen nicht mitgerechnet.

Der Gesundheitsschutz der Beschäftigten sei bei den Ramsch-Angeboten offenbar nicht eingepreist, kritisiert die NGG – „vom Tierwohl ganz zu schweigen“. Nach Informationen der Gewerkschaft hat die Arbeitsbelastung in den Schlachthöfen im Zuge der hohen Fleischnachfrage des Einzelhandels zuletzt stark zugenommen. „12-Stunden-Schichten sind in vielen Betrieben gang und gäbe. Es trifft vor allem die Werkvertragsbeschäftigten aus Osteuropa, die über Subunternehmen angestellt sind“, so Gebehart. Die lange, körperlich harte Arbeit in der Schlachtung und die Zerlegung geschlachteter Tiere mache die Menschen anfälliger für Erkrankungen und schwäche ihre Widerstandskraft. Auch das sei ein Aspekt, der bei Covid-19-Infektionen nicht unter den Tisch fallen dürfe.

Hinzu komme die Unterbringung. „Während überall Abstandsregeln und Kontaktsperren gelten, wohnen in den Gemeinschaftsunterkünften oft bis zu sechs Osteuropäer in einer 60-Quadratmeter-Wohnung. Dafür ziehen die Subunternehmer dann aber jedem Einzelnen auch noch 250 Euro vom ohnehin kargen Lohn ab“, berichtet Gebehart. Vor allem die Gesundheitsämter müssten die Unterkünfte von Beschäftigten

wesentlich intensiver ins Visier nehmen. Hier brüte überall im Land eine enorme Corona-Gefahr, so die NGG.

Die Gewerkschaft fordert die Fleischhersteller dazu auf, den Gesundheitsschutz „absolut ernst“ zu nehmen. Sie stünden in der Verantwortung, auch bei ihren Subunternehmen für faire Arbeitsbedingungen und eine ordentliche Unterbringung zu sorgen. „Dabei ist klar: Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Dumpingpreise können schon deshalb nicht funktionieren. Fleisch darf keine Ramschware sein – nicht in normalen Zeiten und schon gar nicht in der Pandemie“, so Gebehart.

Um die Zustände in der Fleischwirtschaft dauerhaft zu verbessern, müssten aus Werkverträgen reguläre Jobs werden – bezahlt zu einem fairen Branchenmindestlohn, so die NGG. „Außerdem brauchen wir eine bessere Nachunternehmerhaftung, damit prekäre Arbeitsbedingungen und unwürdige Unterkünfte auch beim letzten Subunternehmen ausgeschlossen sind“, betont Gebehart.

---

## **„Spiel ohne Grenzen“ im Stadtteil Overberge wird abgesagt!**

Nach der traurigen Nachricht über den Tod des Hauptausrichters, Ortsvorsteher Uwe Reichelt, hat sich der erweiterte Organisatorenkreis darauf verständigt, das sog. Spiel der Vereine für dieses Jahr ersatzlos abzusagen.

Die beliebte Veranstaltung – von Uwe Reichelt im Bergkamener

Jubiläumsjahr 2016 ins Leben gerufen – hätte dieses Jahr zum dritten Mal auf dem Rasensportplatz im Bergkamener Stadtteil Overberge unter Beteiligung etlicher Vereine stattgefunden. Im Vordergrund dieser Veranstaltung standen nicht nur Punkte und Siege, sondern der Spaß und vor allem das Miteinander.

---

**Im Kreis Unna arbeiten 750 Menschen in der Branche: Beschäftigte in der Landwirtschaft müssen um Zusatzrente bangen**



Jeden Morgen früh füttern, aber jetzt selbst auf Diät: Wer in der Landwirtschaft arbeitet, muss künftig um die Zusatzrente fürchten. Davor warnt die Agrar-Gewerkschaft IG BAU. Foto: IG BAU

Sie sind bei Wind und Wetter draußen auf dem Feld – bleiben beim Thema Rente aber jetzt im Regen stehen. Für die 750 Menschen, die im Kreis Unna in der Landwirtschaft arbeiten, steht die betriebliche Zusatzrente auf dem Spiel. Davor warnt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Der Grund: Die Arbeitgeber haben den Tarifvertrag zur betrieblichen Altersvorsorge zum Jahresende gekündigt.

„Wer Kühe melkt oder Äcker pflügt, hat meist nur ein geringes Einkommen. Um im Alter nicht in die Armut zu rutschen, sind die Beschäftigten dringend auf die Zusatzrente angewiesen“, sagt Friedhelm Kreft. Der Bezirksvorsitzende der IG BAU Westfalen Mitte-Süd ruft die Arbeitgeber dazu auf, die Kündigung zurückzunehmen. Die betriebliche Extra-Rente sei eine „enorm wichtige Säule“ in der Altersvorsorge. „Ein Sparen an der Zusatzrente ist ein Sparen am falschen Ende. Denn ohne solche Anreize wird die Suche nach Personal für landwirtschaftliche Betriebe noch schwieriger als bisher“, betont Kreft. Zwar hätten Gewerkschaftsmitglieder nach aktuellem Stand auch über 2020 hinaus Ansprüche auf den Renten-Tarifvertrag. Die IG BAU fordert jedoch eine verpflichtende Lösung für alle Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Die Betriebsrenten werden vom Zusatzversorgungswerk für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft (ZLF) organisiert. Die Zahlung ist ein Muss für alle landwirtschaftlichen Betriebe. Denn die Regelung wird vom Bundesarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt. Für einen Beschäftigten macht die Extra-Rente nach 40 Beitragsjahren aktuell 52 Euro im Monat aus.

Weitergehende Infos erhalten Beschäftigte in der

Landwirtschaft bei IG BAU-Branchensekretär Jens Zimmermann unter 0151 72 31 36 01.

---

# AWO im Kreis Unna: Hoffnungsbriefe für Menschen in den Seniorenzentren



An der AWO Kita Gänseblümchen in Kamen-Methler wurden jetzt weitere Briefe und Basteleien für ältere Menschen abgeholt. Karin Schäfer (2. v.l.) und Jörg Theis (1. v.r.) wollen mit der Aktion Hoffnungsbriefe dazu beitragen, dass „alles gut wird“ und werden dabei von Einrichtungsleiterin Alexandra Möller und AWO Geschäftsführer Rainer Goepfert unterstützt.

Menschen in Alten- und Pflegeheimen können zurzeit wegen der

Corona-Pandemie keinen Besuch bekommen. Die AWO in Kamen hat daher die Aktion „Hoffnungsbriefe“ aufgegriffen. Gemeinsam mit dem AWO Kreisverband wird die Aktion nun kreisweit umgesetzt. Ehrenamtliche und Hauptamtliche, Groß und Klein, sind aufgerufen, Briefe und Postkarten zu schreiben oder Bilder zu malen. So bekommen Bewohnerinnen und Bewohner Post – als Zeichen der Zuversicht in dieser schwierigen Zeit. In der AWO Geschäftsstelle in Kamen sind in kurzer Zeit rund 200 Briefe, Bilder und Basteleien eingegangen.

„Alle Menschen sind belastet durch die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen. Aber gerade die älteren Menschen leiden unter der Isolation. Diese Menschen versuchen wir als AWO vor allem im Blick zu behalten und sie zu unterstützen“, erklären die AWO Kreisverbandsvorsitzende Karin Schäfer und der AWO Stadtverbandsvorsitzende Vorsitzende Jörg Theis.

Wer sich beteiligen möchte, kann den Brief einfach an folgende Adresse senden:

AWO Kreisverband Unna

„Aktion Hoffnungsbriefe“

Unnaer Straße 29a

59174 Kamen

Die Briefe werden dann an ältere Menschen in den Seniorenzentren weitergegeben.

---

## **Auch in Zeiten der „Corona-**

# Krise“ können sich Zuwanderer weiterhin beraten lassen

Das Team der AWO Migrationsdienste ist auch weiterhin im Kontakt mit den Zuwander\*innen, Organisationen und Institutionen. Allerdings erfolgen krisenbedingt Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf und die rechtlichen Möglichkeiten.

Die Mitarbeiter\*innen stehen auch hier zu den gewohnten Zeiten per Telefon, E-Mail, Messenger-Dienst und Videochat als Ansprechpartner\*innen zur Verfügung. Die niederschweligen Integrationsangebote werden digital auf einer benutzerfreundlichen Lernplattform durchgeführt. Hier gibt es nicht nur Online-Aufgaben und/oder -Materialien, welche Kursteilnehmer alleine zuhause erledigen, sondern es findet es ein reger Austausch im virtuellen Raum statt.

## **Alle Kontaktinformationen:**

AWO UB RLE

Migrationsdienste

Präsidentenstraße 46

59192 Bergkamen

[www.awo-rle.de](http://www.awo-rle.de)

## **Ansprechpartner\*innen:**

### **Integrationsagentur:**

Irina Kholyavitskaya – Tel.: 02307- 83320

Oxana Haffner – Mob. Tel. : 0173-5756458

integrationsagentur-bergkamen@awo-rle.de

**Migrationsberatung für Erwachsene in Bergkamen:**

Sonay Özel – Tel.: 02307- 83320

mbe-bergkamen@awo-rle.de

**In Lünen:**

Andrea Dumberger – Tel.: 02315 3219172

mbe-luenen@awo-rle.de

**Jugendmigrationsdienst:**

Violetta Robbert – 02307 557665 ; Mob. Tel.: 0174 3056647

Eugenia Zimmer – 02307 557665

jmd-bergkamen@awo-rle.de

---

**Lockdown im Kreis Unna: Mehr  
als jede dritte Firma in  
Kurzarbeit**



Stühle hoch: Kaum eine Branche ist so stark von den Corona-Einschränkungen betroffen wie die Gastronomie und Hotellerie. Die Gewerkschaft NGG fordert Hygienepläne und Gefährdungsbeurteilungen, bevor Lokale wieder öffnen.  
Foto: NGG

Mit Kurzarbeit durch die Krise: Im Kreis Unna hat seit Beginn der Coronavirus-Pandemie mehr als ein Drittel aller Unternehmen (36 Prozent) Kurzarbeit angemeldet. Das teilt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit. Die NGG beruft sich hierbei auf neueste Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Danach haben bis Ende April 3.051 der insgesamt 8.490 Betriebe im Kreis Kurzarbeitergeld bei der BA beantragt. Zum Vergleich: Zu Beginn der Corona-Krise im März waren es noch 314 Firmen. Torsten Gebhart, Geschäftsführer der NGG-Region Dortmund, spricht von einer „Erschütterung auf dem heimischen Arbeitsmarkt“.

Besonders betroffen ist das Gastgewerbe. „Die Branche liegt seit Wochen weitgehend brach. Gerade kleinere Hotels und

Gaststätten kämpfen ums Überleben. Es ist gut, dass die Bundesregierung ein riesiges Rettungspaket für die Unternehmen geschnürt hat. Aber für die Beschäftigten kommt die beschlossene Erhöhung des Kurzarbeitergeldes zu spät“, sagt Gebehart. So steigt das Lohnausfallgeld erst nach sieben Monaten Kurzarbeit auf 80 Prozent (Eltern: 87 Prozent) des Netto-Einkommens. Für Köchinnen, Kellner und Hotelangestellte sei das eine enorme Durststrecke. „Vielen wird nur der Gang zum Sozialamt oder zum Job-Center bleiben“, warnt Gebehart. Eine Mitverantwortung für die Lage trage auch der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga): Anders als etwa in der Systemgastronomie (u.a. McDonald's, Starbucks, Nordsee) weigerten sich die Arbeitgeber bis heute, das Kurzarbeitergeld per Tarifvertrag aufzustocken.

Umso wichtiger sei nun, eine Perspektive für die langsame Wiederbelebung des Gastgewerbes zu finden – „vorausgesetzt, der Gesundheitsschutz für Beschäftigte und Gäste ist sichergestellt“. Bei jedem Restaurant, das im Kreis Unna wieder öffnen wolle, müssten die Behörden kontrollieren, ob die Schutzmaßnahmen für die Gäste ausreichen, so die NGG. „Gaststätten, Cafés und Bars sind eigentlich Orte der Geselligkeit. Jetzt müssen die Gäste darauf vertrauen können, dass sich keiner ansteckt“, macht Geschäftsführer Gebehart deutlich.

Um die Beschäftigten optimal vor Infektionen zu schützen, sei eine gründliche Gefährdungsbeurteilung nötig. „Darüber hinaus braucht es ausreichend Personal, das sich neben Küche und Service darum kümmert, dass die Hygiene- und Abstandsregeln wirklich eingehalten werden: Kellnerinnen, die darauf achten, dass Tische und Stühle nicht zusammengeschoben werden. Und ebenso genug Köche in der Küche, damit es keinen Wartestau beim Essen und damit ein zu volles Lokal gibt. Kein Restaurant sollte hier auf Sparflamme kochen, sondern die Wiedereröffnung frühzeitig akribisch planen“, so Gebehart.

Doch bis wieder ein „Stück Normalität“ in die Branche

einziehe, bleibe der Schaden für Beschäftigte und Betriebe groß. Nach Angaben der Arbeitsagentur haben bis Ende April bundesweit 751.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet – 115.000 davon im Hotel- und Gaststättengewerbe. Das sind 72 Prozent aller Betriebe der Branche.

---

## 1. Mai 2020 in Oberaden: Klein und kämpferisch



1. Mai in Oberaden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hielten natürlich Abstand.

In den vergangenen Jahren hatten sich BergAUF und MLPD im Umfeld an den Mai-Kundgebungen mit Info-Ständen beteiligt. Das

war am 1. Mai wegen der Corona-Pandemie anders. Die große offizielle Kundgebung war abgesagt worden. Stattdessen hatten BergAUF und MLPD mit anderen Organisationen zu einer weitaus kleineren Kundgebung auf den Museumsplatz in Oberaden eingeladen.

„Mit gut 20 Teilnehmer\*innen unter kritisch-freundlicher Beobachtung eines Polizeibeamten, eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung und einiger Anwohner am Museumsplatz, war die Veranstaltung klein und fein und kämpferisch. Die Vorschriften zum Gesundheitsschutz aller Teilnehmer wurden konsequent eingehalten“, zogen die Veranstalter ein erstes positives Resümee

Nach dem zum Auftakt das „Steigerlied“ gesungen wurde, gingen die Redner\*innen der verschiedenen Organisationen in ihren kurzen Ansprachen darauf ein, was ihnen vor allem wichtig ist.

Claudia Schewior, Fraktionsvorsitzende von BergAUF im Bergkamener Stadtrat, meinte im Hinblick auf die Zeit der Corona-Pandemie: *„Wir werden intensiv darum kämpfen müssen, dass nicht weitere Belastungen für die Kommunen auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Unser Forderung nach Schuldenschnitt und Zinsmoratorium ist also aktueller denn je. Aber das bekommen wir nicht geschenkt, alle etablierten Parteien im Rat haben dies abgelehnt.“*

In Sachen ‚PCB im Grubenwasser‘ griff sie die „Geheimhalte-Taktik der RAG an und forderte die sofortige Veröffentlichung der Mess-Ergebnisse und den Bau von PCB-Reinigungsanlagen an allen Standorten der Grubenwasser-Förderung. Als Arbeiterin bei Caterpillar in Lünen war ihr auch wichtig, gegen die angedrohten Werksschließungen von CAT in Dortmund, Lünen und Wuppertal gemeinsam den Kampf um jeden Arbeitsplatz zu führen.

Tobias Thylmann als Vertreter der MLPD zeigte vor allem auf, wie sich Corona-Krise und die schon 2018 begonnene Weltwirtschaftskrise durchdringen und warnte davor, nur noch

die Corona-Pandemie als Ursache aller Probleme zu sehen. Werner Engelhardt als Sprecher der örtlichen Umweltgewerkschaftsgruppe ging auf den Zusammenhang der Corona-Pandemie und der rasant fortschreitenden Zerstörung unsere Lebensgrundlagen ein: *„Mit der Verschärfung der Umweltzerstörung steht die nächste Pandemie praktisch schon vor der Tür. Der Übergang von epidemischen Krankheiten vom Tier auf den Menschen hat sich in den vergangenen 40 Jahren verdreifacht. Vor allem, weil die natürlichen Rückzugsräume der Tiere zerstört werden., etwa die Lebensräume der Fledermäuse, die Coronaviren in sich tragen. Es werden Urwälder zerstört, neue Städte gebaut, wo vorher keine waren.“*

Am „offenen Mikro“ wurde die sofortige Schaffung von 300.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Gesundheits- und Sozialwesen gefordert sowie die sofortige Auflösung der Massenunterkünfte für Flüchtlinge, die nicht als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt werden dürfen.

Den Abschluss bildete das gemeinsame Singen des Liedes „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“, eines der ältesten Arbeiterlieder überhaupt, das auch bei den gewerkschaftlichen Mai-Feiern in Bergkamen seit vielen Jahren traditioneller Schlussspunkt ist.

---

**Betreiber des „Eistreff Bergkamen“ fördert mit Spende Arbeit des Streetworks**



Die Vorsitzende des Streetwork-Fördervereins Sabine Bellert freut sich über die Spende vom Eistreff-Filialleiter Ilhan Islak.

Der Streetwork Förderverein Bergkamen e.V. hat heute eine Spende in Höhe von 500,00 Euro vom Betreiber des „Eistreff Bergkamen“, Landwehrstraße 5 in Bergkamen-Mitte, erhalten. Vorsitzende Sabine Bellert freut sich sehr: „Mit so einer großzügigen Spende können wir wieder gute Projekte unterstützen.“

Eine Idee für den Einsatz der Spende hat Frau Bellert auch bereits: „Ganz besonders in der Zeit der Corona-Krise benötigen Kinder und Jugendliche zur gesellschaftlichen Teilhabe einen Zugang zu digitalen Angeboten. Vielen Familien bleibt Letzteres aber auch heute noch verwehrt. Die Spende soll deshalb Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen, die mangels entsprechender Hardware (Laptop o.Ä.) keinen Zugang zu digitalen Angeboten haben“, erläutert Sabine Bellert. „In Zusammenarbeit mit dem Streetwork Team der Stadt Bergkamen werde der Verein veranlassen, dass die Spende möglichst gezielt betroffene Familien erreicht.“ so die Vorsitzende abschließend.

Auch Bürgermeister Roland Schäfer freut sich sehr und bedankt sich für die großzügige Spende: „Der Streetwork Förderverein Bergkamen e.V. setzt sich seit mehr als 10 Jahren für das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen in Bergkamen ein. Ein unheimlich wichtiger Beitrag für die Grundsäule unserer Gesellschaft! Da ist jede finanzielle Unterstützung hilfreich!“

Das kann Filialleiter Ilhan Islak nur bestätigen. „Die aktuelle Zeit fordert uns alle. Auch mein Geschäft war kurzfristig von einer Schließung betroffen. Zum Glück nur kurzfristig, denn schnell herrschte Klarheit, dass ein Außer-Haus-Verkauf möglich ist“, so Islak weiter. „Die Stadt Bergkamen hat mich bei all meinen Fragen sehr gut unterstützt. Deswegen möchte ich etwas an die Bergkamener Bürgerschaft zurückgeben. Und da hilft Geld gerade wohl am besten.“ so Islak abschließend.

Sie interessieren sich für die Arbeit des Streetwork Teams der Stadt Bergkamen oder des Streetwork Fördervereins Bergkamen? Dann finden Sie hier weitere Informationen:

Streetwork Bergkamen: [www.streetwork-bergkamen.de](http://www.streetwork-bergkamen.de)

Förderverein: [www.streetwork-bergkamen.de/foerderverein](http://www.streetwork-bergkamen.de/foerderverein)